

Liebe Mitglieder der LGU

Anfangs 1996 setzten wir uns im Vorstand Ziele und Schwerpunkte für die folgenden 12 Monate. Schnell stellten wir aber fest, dass Ziele und Vorsätze meist gesetzt werden, ohne dass mit den Zielen und Wünschen der Anderen gerechnet wird. So schnitten wir unser Schwerpunktthema für 1996 (Raumplanung) nicht einmal an. Andere Themen, wie beispielsweise Verkehr drängten sich in den Vordergrund und banden die Zeit, die wir in eine langfristig lebenswerte Umwelt investieren.

Eine Erfolgskontrolle unserer Arbeit ist mit dieser Art von Zielsetzung erschwert. Dennoch versuchen wir unser Wirken abzuschätzen und für nächstes Jahr die Zielformulierung so zu gestalten, dass wir Ende 1997 fähig sein werden Bilanz zu ziehen. Bitte lassen Sie sich als Mitglied ebenfalls durch den Kopf gehen, ob die LGU Ihre Erwartungen für 1996 erfüllt hat. Für Rückmeldungen und Anregungen für unsere zukünftige Arbeit sind wir Ihnen dankbar!

Mit freundlichen Grüßen

Regula Imhof
LGU-Geschäftsführerin

Umweltschutzkalender 1997

Der Umweltschutzkalender befasst sich 1997 mit dem Thema Verkehr. Die Zeichnungen stammen von den 3. Klassen der Primarschule Resch in Schaan. Sie wurden in Zusammenhang mit dem VCL-Wettbewerb «Hauptstrassen Innerorts» erstellt.

Wie bereits dieses Jahr schon wird der Umweltschutzkalender 1997 aus Umweltschutzgründen nicht mehr in alle Haushaltungen verteilt, sondern auf den Postämtern und den Gemeindekanzleien aufgelegt. An diesen Stellen kann er in jeder Gemeinde ab dem 18. Dezember 1996 bezogen werden.

LIECHTENSTEINISCHE GESELLSCHAFT FÜR UMWELTSCHUTZ

HEILIGKREUZ 52 FL-9490 VADUZ • TEL. 075/232 52 62 • FAX 233 11 77

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) ist ein Verein mit rund 750 Mitgliedern, der sich seit mehr als 20 Jahren für den

Natur- und Umweltschutz

einsetzt. Die LGU betreibt eine rege Öffentlichkeitsarbeit (Liechtensteiner Umweltberichte, LGU-Mitteilungen u. a.), organisiert Tagungen, Vorträge, Exkursionen und Ausstellungen, pflegt Kontakte zu den Landes- und Gemeindebehörden, engagiert sich gemeinsam mit anderen Umweltorganisationen Liechtensteins in der Internationalen Alpenschutz-Kommission CIPRA, vertritt Liechtenstein in Naturschutzfragen beim Europarat, arbeitet mit zielverwandten Organisationen im Ausland zusammen und verfolgt ihre Ziele mit weiteren Aktionen und Projekten.

Da uns unsere Sekretärin, aufgrund eines Wohnortswechsels, verlässt, suchen wir auf Ende März 1997

eine Sekretärin / einen Sekretär (50%-Stelle)

Wir erwarten:

- Interesse am Umweltbereich
- Selbständigkeit
- PC-Kenntnisse (Textverarbeitung, Adressverwaltung)
- Gewandtheit in schriftlicher Ausdrucksweise
- Buchhaltungskenntnisse sind von Vorteil

Wir bieten:

- Eine interessante und vielseitige Stelle
- Zeitgemässe Entlohnung

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bis am 31. Januar 1997 an die LGU, Im Bretscha 22, 9494 Schaan. Mündliche Auskünfte erteilt die Geschäftsführerin Regula Imhof (Telefon-Nr. 232 52 62)

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Letzetunnel:

Zweifelhafte Entlastung für Feldkirch — Garantierte Mehrbelastung für die ganze Region

Die Plattform

Seit mehr als 10 Jahren ist der Letzetunnel ein mehr oder weniger aktuelles Thema. Was schon einmal als 4-spurige Transitachse geplant war, und in dieser Form zu viele Gegner fand, wird heute als Südumfahrung Feldkirchs wieder diskutiert. Im Frühling dieses Jahres trafen sich, auf Einladung der LGU ein erstes Mal einerseits Betroffene und andererseits Nichtregierungsorganisationen, die im Umwelt- und Naturschutzbereich tätig sind. Aus diesem ersten Treffen entstand die «Plattform gegen den Letzetunnel — für eine Verkehrspolitik mit Zukunft». Diese Plattform ist eine grenzüberschreitende, parteiunabhängige Interessengemeinschaft mit dem Ziel, unseren Lebensraum auch für künftige Generationen zu erhalten. Die Plattform engagiert sich für eine menschen- und umweltgerechte Mobilität und will Missstände aufzeigen, sowie Fehlplanungen vermeiden helfen.

Die regionale Ebene

In Feldkirch, Frastanz und Tisis glaubten viele Gegnerinnen und Gegner des Letzetunnels, sie stünden allein gegen eine Übermacht an Befürwortern da. An einer Informations- und Diskussionsveranstaltung mit den Parteien in Frastanz zeigte sich allerdings, dass die Gegnerschaft gross ist. Dieses Bild würde an einer Art «Gegenveranstaltung» der FPÖ zusätzlich bestätigt als 3/4 der Anwesenden wieder zu den Gegnern des Letzetunnels zählten. Im Liechtensteiner Unterland verdeutlichten die rund 2340 Unterschriften für eine Reduktion des Transitverkehrs die negative Einstellung zu einem Projekt wie der Letzetunnel, der für Liechtenstein unbezweifelbar Mehrverkehr bringen wird. Wer denn tatsächlich den Letzetunnel will, ist eine Frage die immer noch unklar ist. Tatsache hingegen ist, dass das Verbindungsstück zwischen den Europastrassen E43 und E60 bei Bregenz oder Feldkirch ein geplantes Projekt mit europäischer Bedeutung darstellt. Sind die Befürworter des Tunnels also tatsächlich die Bewohner und Bewohnerinnen Feldkirchs?

Die nationale Ebene

Die Alpenkonvention bietet eine Grundlage für die Diskussion des Projektes auf nationaler Ebene. In Artikel 7 des Verkehrsprotokollsentwurfes geht es unter anderem um das Mitspracherecht der Bevölkerung von Nachbarstaaten bei der Planung von hochrangigen Transitachsen. Österreich erhebt gegenüber seinen Nachbarstaaten den Anspruch, dass «...neue, hochrangige alpenquerende Strassen nur gebaut werden dürfen, wenn diesem Strassenprojekt von keiner Vertragspartei, auf die es sich auswirkt oder auswirken kann, begründet widersprochen wird.» Liechtenstein hat Österreich in den Verhandlungen um den Artikel 7, nach Aussage von Thomas Büchel im Interview vom 12. Oktober 1996, immer unterstützt. Die Glaubwürdigkeit Österreichs hängt davon ab, wie es sich im umgekehrten Fall mit seinen Nachbarstaaten verhält. Anfangs November hat jetzt Bundesminister Bartenstein entschieden, dass eine Arbeitsgruppe, die Kompatibilität der Strassenbaupläne in Österreich mit den nationalen Vorstellungen beim Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention prüft. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt in Richtung einer angemessenen Behandlung des Projektes.

Stellungnahmen der Parteien Liechtensteins

Die Parteien haben die Bedrohung Liechtensteins durch einen Letzetunnel erkannt und sich eindeutig dazu geäußert.

Stellungnahme der Vaterländischen Union (VU) zum Projekt Letzetunnel

Der Letzetunnel wird nach den heute bekannten Zahlen eine untragbare Mehrbelastung (Verkehrsaufkommen, Luft, Lärm) für Liechtenstein, im besonderen für das Liechtensteiner Unterland und Scharn mit sich bringen. Die negativen Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität in der betroffenen Region und der Druck auf den weiteren Bau von Tunneln und Hochleistungsstrassen als Konsequenz aus dem Projekt «Letzetunnel» sind äusserst umfangreich und dürfen nicht unterschätzt werden.

Wir sind der Meinung, dass die gravierenden Verkehrsprobleme im Liechtensteiner Unterland und in der Stadt Feldkirch angegangen werden müssen. Ebenfalls sind wir davon überzeugt, dass diese grosse Herausforderung nur in regionaler Zusammenarbeit erfolgreich gemeistert werden kann. Deshalb setzen wir uns aktiv für die Verbesserung der Situation ein:

- Mit dem Bau des Letzetunnels kann die Verkehrsproblematik aber in keiner Weise gelöst werden. Vielmehr wird die gesamte Region zusätzlich belastet. Die eine allfällige Verwirklichung des Letzetunnelprojektes würde eine wesentliche Verschärfung der heute bereits unerträglichen Belastungen durch noch vermehrte Verkehrsaufkommen mit sich bringen. Wir sprechen uns deshalb gegen jegliche Variante einer Südumfahrung der Stadt Feldkirch durch den Letzetunnel aus.
- Wir setzen uns für die Abklärung und Verwirklichung von alternativen Lösungen ein, welche die Region wirksam von der Verkehrsproblematik entlasten.
- Wir treten dafür ein, dass unser Land seine Verantwortung wahrnimmt und seinen Beitrag zur Lösung des Verkehrsproblems leistet, indem konkrete Massnahmen in grenzüberschreitender Zusammenarbeit diskutiert und umgesetzt werden.

Vaduz, den 4. Oktober 1996

Vaterländische Union

Oswald Kranz
Oswald Kranz, Parteipräsident

Die Vaterländische Union (VU), die Freie Liste (FL) und die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein (FBPL) sprechen sich entschieden gegen jede Variante des Letzetunnels aus. Dies erscheint aus den Stellungnahmen zum Projekt Letzetunnel, die sie kürzlich verfassten. Die 3 Parteien wollen sich überdies für Abklärungen und die Verwirklichung von alternativen Lösungen einsetzen und dafür eintreten, dass Liechtenstein seine Verantwortung wahrnimmt und konkrete Massnahmen in grenzüberschreitender Zusammenarbeit diskutiert und umsetzt. Was uns bleibt, ist jetzt ohne Verzug den nächsten Schritt zu tun, nämlich Alternativen abzuklären und umzusetzen!

Stellungnahme der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Liechtenstein (FBPL) zum Projekt Letzetunnel

Der Letzetunnel wird nach den heute bekannten Zahlen eine untragbare Mehrbelastung (Verkehrsaufkommen, Luft, Lärm) für Liechtenstein, im besonderen für das Liechtensteiner Unterland und Scharn mit sich bringen. Die negativen Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität in der betroffenen Region und der Druck auf den weiteren Bau von Tunneln und Hochleistungsstrassen als Konsequenz aus dem Projekt «Letzetunnel» sind äusserst umfangreich und dürfen nicht unterschätzt werden.

Wir sind der Meinung, dass die gravierenden Verkehrsprobleme im Liechtensteiner Unterland und in der Stadt Feldkirch angegangen werden müssen. Ebenfalls sind wir davon überzeugt, dass diese grosse Herausforderung nur in regionaler Zusammenarbeit erfolgreich gemeistert werden kann. Deshalb setzen wir uns aktiv für die Verbesserung der Situation ein:

- Mit dem Bau des Letzetunnels kann die Verkehrsproblematik aber in keiner Weise gelöst werden. Vielmehr wird die gesamte Region zusätzlich belastet. Das heisst eine allfällige Verwirklichung des Letzetunnelprojektes würde eine wesentliche Verschärfung der heute bereits unerträglichen Belastungen durch noch vermehrte Verkehrsaufkommen mit sich bringen. Wir sprechen uns deshalb gegen jegliche Variante einer Südumfahrung der Stadt Feldkirch durch den Letzetunnel aus.
- Wir setzen uns für die Abklärung und Verwirklichung von alternativen Lösungen ein, welche die Region wirksam von der Verkehrsproblematik entlasten.
- Wir treten dafür ein, dass unser Land seine Verantwortung wahrnimmt und seinen Beitrag zur Lösung des Verkehrsproblems leistet, indem konkrete Massnahmen in grenzüberschreitender Zusammenarbeit diskutiert und umgesetzt werden.

Vaduz, 4. November 1996

Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein

Dr. Hubert Seeger
Dr. Hubert Seeger, Parteipräsident

Stellungnahme der Freien Liste (FL) zum Letzetunnel

Der Letzetunnel wird mit grosser Wahrscheinlichkeit eine untragbare Mehrbelastung für Liechtenstein und speziell das Liechtensteiner Unterland und eine Verlagerung der Verkehrsströme sowie Verbesserung der Situation darstellt. Deshalb setzen wir uns aktiv für die Verminderung des Problems ein:

Wir sind aber auch der Meinung, dass die gravierenden Verkehrsprobleme im Liechtensteiner Unterland und der Stadt Feldkirch angegangen werden müssen. Wir sind ebenfalls davon überzeugt, dass diese Probleme nur regional eine Lösung finden und eine Verlagerung der Verkehrsströme keine Verbesserung der Situation darstellt. Deshalb setzen wir uns aktiv für die Verminderung des Problems ein:

- Der Letzetunnel entspricht nicht unseren Vorstellungen von der Lösung der Verkehrsprobleme. Von den negativen Auswirkungen dieser Massnahme sind sehr viele Personen langfristig betroffen. Wir sind deshalb gegen jede Variante des Letzetunnels
- Wir zielen auf eine Lösung hin, die weniger negative Auswirkungen für die Region bringt. Deshalb fordern wir die schnelle Abklärung von alternativen Lösungen.
- Wir setzen uns in Liechtenstein dafür ein, dass Liechtenstein seinen Beitrag zur Lösung des regionalen Problems verantwortungsbewusst und konsequent wahrnimmt und konkrete Massnahmen diskutiert und umsetzt.

Die Freie Liste (FL) steht hinter dem obigen Text

Der SprecherInnenrat

Schaar
Datum/Ort: Scharn, den 20. September 96

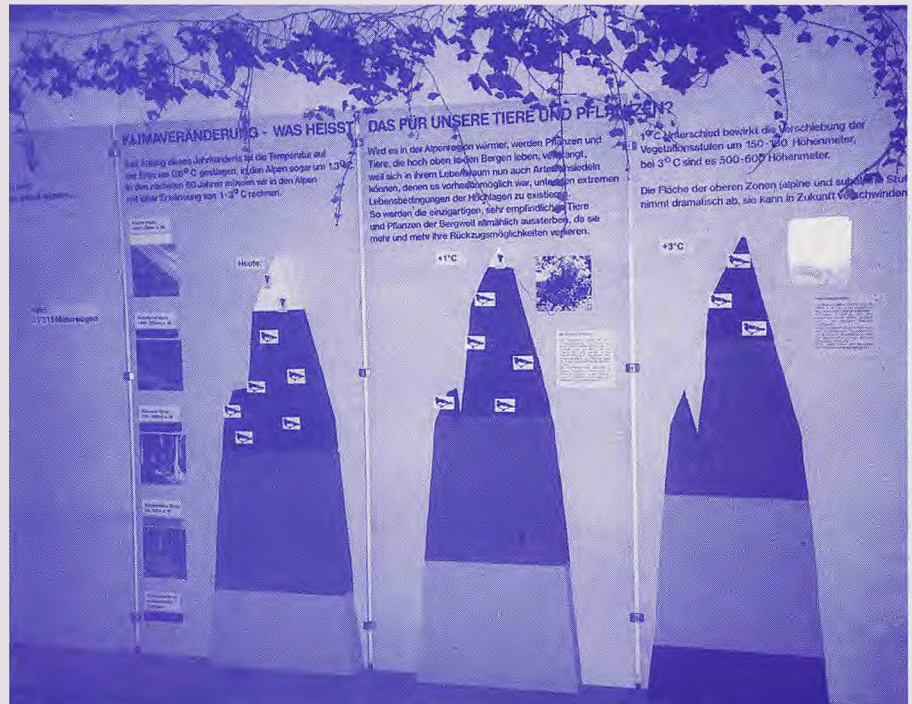
Aus der Arbeit des Vorstandes

LIHGA 1996

Der diesjährige LIHGA-Stand war in dem Sinn eine Premiere, weil erstmals mehrere Vereine von CIPRA-Liechtenstein zusammen an einem Stand vertreten waren. Grösstenteils wurde der Stand vom Praktikanten der LGU, Christian Heeb, erstellt. Das Thema des Standes war, entsprechend der gleichzeitig lancierten Petition «Klima». Die Petitionsfrist ist Ende November 1996 abgelaufen. Es konnten rund 1000 Unterschriften gesammelt werden. Das Resultat ist nicht überwältigend. Es ist anzunehmen, dass es schwierig ist, für abstrakte Themen, die keine momentanen sichtbaren Wirkungen auf den Einzelnen haben, starke Betroffenheit auszulösen. Die Unterschriften wurden am 12. Dezember 1996 der Regierung und dem Landtag überreicht.

Das EU-Projekt Gemeindefeldnetzwerk «Allianz in den Alpen» ist in Schaan einen Schritt weiter fortgeschritten!

Noch in diesem Dezember sollen Leitlinien für eine Umweltpolitik im Gemeinderat verabschiedet werden. Nach intensiver Vorarbeit der Projektgruppe, die sich aus 10 Personen zusammensetzt, entstand der Entwurf für diese Leitlinien. Ergänzt wurde der Inhalt noch durch Resultate aus dem Workshop, der zusammen mit der Arbeitsgruppe «Schaan wohin» im Oktober durchgeführt wurde. Sobald die Leitlinien politisch abgesichert sind, beschäftigt sich die Arbeitsgruppe mit der Erstellung eines Programmes von Massnahmen zur Verbesserung von Schwachstellen im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege, den sich die Gemeinde Schaan ausgewählt hat. Die Projektlaufzeit erstreckt sich noch bis Ende Juni 1997. Ab diesem Datum will Schaan ohne Projektbetreuung fortfahren, die verschiede-



nen Umwelt- und Naturschutzbereiche (Verkehr, Landwirtschaft usw.) zu prüfen und durch die Erstellung eines Massnahmenprogrammes, Schwachstellen systematisch auszubessern. Der Kontakt zwischen den Netzwerkgemeinden wird laufend verstärkt.

Veranstaltungshinweise

Die Ernährung im Zeitalter der Gentechnologie

Gentechnologie und Nahrungsmittel

Gentechnologie und Nahrungsmittel — Was bringt's? Und wie weit kennen wir die Auswirkungen und Risiken? Gentechnologie — die Wunderwaffe im Kampf gegen den Hunger? Die Hintergründe über die Förderungen der Gentechnologie durch die Wirtschaft, aber auch die zu erwartenden Folgen der neuen Technologie, vor allem auch für die Länder des Südens, sowie Alternativen, um die Ernährungs-

sicherheit zu verbessern, werden Mittelpunkt des Referates sein.

Bruno Riesen ist leitender Sekretär von SWISSAID, Präsident der Max Havelaar Stiftung und Ökonom

Datum:

Do, 23. Januar 1997, 20.15 Uhr
Ort: Haus Stein-Egerta, Schaan

Die Medizin im Zeitalter der Gentechnologie

Gentechnologie und Medizin

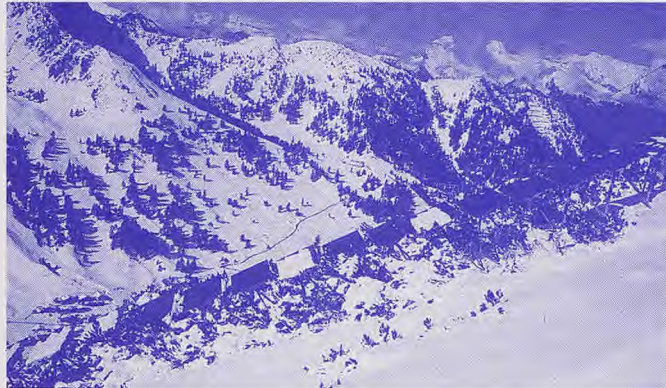
Dr. Erich Noser, Spezialarzt für innere Medizin, leitender Arzt einer Gemeinschaftspraxis (HMO) in Luzern, Mitglied des Vereins «Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz», wird an diesem Abend über die Leistungen, aber auch Gefahren der Gentechnologie informieren. Menschenbild und ethische Grenzen sind sehr wichtige Elemente der Gentechnologie-Diskussion und auch Schwerpunkte des Referates von Dr. Noser.

Datum

Fr., 21. Februar 1997, 20.15 Uhr
Ort: Haus Stein-Egerta, Schaan

Ökospaziergänge

Der Herbstökospaziergang 1996 führte uns zum Solarkraftwerk auf dem Sareiserjoch. Geführt wurde dieser interessante Einblick in die Photovoltaik von Hans Walter Schädler und Hans Frommelt.



Nicht unumstritten sind Solarkraftwerke in den Bergen. Da ist einerseits die Ästhetik und andererseits die heikle Ökologie der Alpen. Dies bedeutet Lichtreflexionen zu vermeiden, kleine Solarzellen (Gewicht, Transportierbarkeit, Austauschbarkeit) zu verwenden und optimale Entsorgungsmöglichkeit für die Fundamente zu finden.

Die Tragkonstruktion muss hohe Temperaturunterschiede, Windgeschwindigkeiten und Schneelasten aushalten und für die Fundamente muss eine minimale Anzahl und Ausdehnung gefunden werden, da der Boden, aufgrund des Frosts nicht zerstört werden darf.

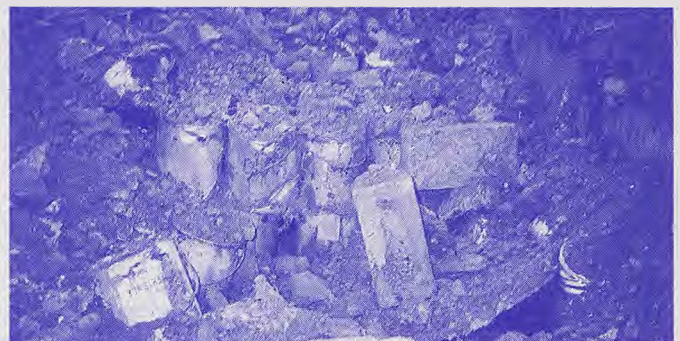


Altlasten waren das Thema des Winterspazierganges. Einen Einblick in dieses brisante Thema gewährte uns Egon Weisshaupt.



Wenn frühere Tätigkeiten oder Unfälle unliebsame Spuren im Boden hinterlassen haben, spricht man heute von Altlasten.

Solche Standorte werden dann zum Problem, wenn die Schadstoffe aus dem Untergrund in Flüsse, ins Grundwasser, in die Luft oder in den belebten Boden gelangen. Ist zu befürchten, dass die freigesetzten Schadstoffe Menschen und Umwelt gefährden, handelt es sich um Altlasten, und diese müssen saniert werden. Altlasten sind ein schwieriges und weder ökologisch, finanziell noch rechtlich gelöstes Thema.



Anhand einer heute sanierten Altlast gab uns Egon Weisshaupt vom Amt für Umweltschutz einen Einblick in die Möglichkeiten wie mit Altlasten umgegangen werden kann. In Liechtenstein wird ein Kataster der Verdachtsflächen erstellt und daraus die vorhandenen Altlasten ermittelt.

